# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Roden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachsendung 10 Pf.

Nr. 40 | Dresden, Donnerstag den 16. Februar 1928 | 39. Jahrg.


# Die Verwesung des Bürgerblocks

**Die gegenseitigen Beschuldigungen — Das Zentrum als Geprellter — Die unschuldige Fraktion Drehscheibe — Auflösung des Reichstags oder Geschäftsministerium bis Ende März**

## Die Pleite

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es ist aus mit dem Bürgerblock. Das Geschick hat ihn ereilt. Noch vor der Wahl ist er dem Gelächter der Oeffentlichkeit preisgegeben. Das Geschäft hat ein Jahr gedauert, dann hat es bankrott gemacht. Die Gesellschafter laufen auseinander, jeder beschuldigt den andern, daß er den Bankrott herbeigeführt habe.

Die Zielscheibe der Erbitterung der ehemaligen Bürgerblockgesellschafter ist die Deutsche Volkspartei. Das Zentrum hat seit längerer Zeit aus seiner Entrüstung über die Volkspartei kein Hehl gemacht. Die Deutschnationalen übergeben jetzt der Oeffentlichkeit eine Verlautbarung, in der es heißt: die Volkspartei ist schuld!

Selbstverständlich ist die Volkspartei schuld. Jedes politische Kind in Deutschland weiß, daß eine Regierung, in der die Volkspartei vertreten ist, früher oder später zum Krach kommen muß. Die Deutsche Volkspartei, so wenig Talente sie sonst in ihren Reihen hat, besitzt als Ganzes in unnachahmlicher Weise das Talent, Regierungskrisen heraufzubeschwören. Die Herren Deutschnationalen und die Herren vom Zentrum haben dieses Talent vor einem Jahre mit Befriedigung festgestellt. Damals haben sie es gebraucht, damit der Bürgerblock zustande kam. Damals hat die Deutsche Volkspartei die Bildung einer Regierung der Mitte oder einer Regierung der Großen Koalition mit allen Mitteln sabotiert, um dem Grafen Westarp gefällig zu sein. Die Herren Deutschnationalen haben damals die Krisentreiberei der Volkspartei mit Vergnügen und mit Befriedigung angesehen. Es ist wohlverdientes Schicksal, daß die Regierung des Bürgerblocks heute der Krisentreiberei der Volkspartei zum Opfer fällt.

Was die Entrüstung des Zentrums anbetrifft, so ist sie sehr begreiflich. Ein verdammt schlechtes Geschäft für das Zentrum, dieses Jahr Bürgerblockregierung. Das Zentrum hat sich benommen wie ein Mann, der von kaufmännischen Dingen nicht viel versteht und der das Opfer gerissener Gesellschafter geworden ist. Das Zentrum hat das Geschäftskapital für die Bürgerblock-G.m.b.H. liefern müssen, um am Ende bei der Pleite geprellt zu werden. Das Zentrum hat in dieser Koalition bar bezahlt. Mit seiner politischen Reputation gegenüber seinen Arbeiterwählern. Mit Zugeständnissen an die Großagrarier auf zollpolitischem Gebiet, die einem glatten Bruch eines feierlichen Versprechens gleichkamen, das es seinerzeit den christlichen Gewerkschaften gegenüber abgegeben hat. Es hat bezahlt mit der Zerstörung seiner inneren Geschlossenheit.

Und warum? Weil es einen lockenden Gewinn vor sich sah, um deswillen es Stück um Stück seines Kapitals an politischem Ansehen in die Bankrottmasse des Bürgerblocks geworfen hat. Dies lockende Ziel war das Schulgesetz. Für einen Teil des Zentrums, der weit rechts steht, mochte wohl die Verbindung mit den Deutschnationalen, die reaktionäre Politik das erstrebte Ziel sein — für das Zentrum als Ganzes war das Schulgesetz der politische Sinn der Koalition. Vor noch nicht einer Woche konnte man im katholischen Westdeutschen Volksblatt lesen, daß der Erlaß eines Reichsschulgesetzes, der in Punkt 4 der vielzitierten Richtlinien vorgesehen ist, das Kernstück des Koalitionsprogramms bildete. Das Westdeutsche Volksblatt schrieb:

„Geht man die Richtlinien prüfend durch, so findet man, daß der Punkt 4 das einzige Aktivum enthält, das die neue Koalition dem Zentrum bieten konnte. Tatsache ist, daß nach Ausweis der Richtlinien in dem ganzen Koalitionsprogramm außer der oben zitierten Schulbestimmung nichts enthalten war, was uns diese Koalition hätte empfehlen können. Man muß sich dieser Zusammenhänge erinnern, um sich klar zu machen, was es für das Zentrum bedeuten wird, wenn die Schulvorlage scheitert."

Das Schulgesetz ist gescheitert. Das Zentrum hat gezahlt, aber den Gegenwert erhält es nicht. Der einzige Inhalt des Koalitionsprogramms ist dahin. Die Führer des Zentrums, die ihre Partei in den Bürgerblock hereinmanövriert haben, stehen nun mit leeren Händen, als die Geprellten, vor ihren Wählern. Wo bleibt die so viel belobte politische Klugheit des Zentrums in diesem Handel?

Die Deutschnationalen sind in diesem Handel zwischen Volkspartei und Zentrum keineswegs die lachenden Dritten. Ein Jahr Regierungsteilnahme hat genügt, um dem ganzen Volke den stockreaktionären Charakter und die innere Unwahrhaftigkeit der deutschnationalen Politik aufzuzeigen. Die Geschlossenheit ihrer Partei ist ebenso gelockert wie die Geschlossenheit des Zentrums. Sie müssen in die Wahl gehen mit der sicheren Niederlage vor Augen.

Nun stehen die Taten des Bürgerblocks gegen ihn auf. Der Wahltermin ist in große Nähe gerückt. Die Gesellschafter der verkrachten Bürgerblock-G.m.b.H. müssen zu ihrer Strafe gemeinsam die Geschäfte noch bis zur Erledigung der dringend nötigen parlamentarischen Arbeiten weiterführen. Das wird eine feine Etatsberatung werden! Auf der Ministerbank die Herren Minister der verkrachten Firma, während die Fraktionsführer sich von der Tribüne des Reichstags herab ihre Beschuldigungen ins Gesicht schreien werden.

•

## Reichstagsende im März?

**SPD. Am Donnerstag vormittag ist der Bürgerblock-Koalition der Totenschein ausgestellt worden. Regierung und Regierungsparteien kamen zu folgenden Feststellungen: 1. Das Schulgesetz ist als gescheitert anzusehen. 2. Damit ist die Regierungskoalition aufgelöst. 3. Der interfraktionelle Ausschuß betrachtet seine Arbeiten als beendet.**

**Natürlich hat es bei dieser Gelegenheit nicht an Leichenreden gefehlt. Keiner von den Beteiligten wollte und will die Schuld für den Zusammenbruch übernehmen. Keine Partei will die Koalition gekündigt haben. Einer schiebt die Verantwortung auf den andern. Die Deutsche Volkspartei spricht von den unerfüllbaren Forderungen, die das Zentrum, unterstützt von den Deutschnationalen, aufgestellt habe. Das Zentrum seinerseits redet davon, daß die Volkspartei die Grundlage der Zusammenarbeit verlassen habe.**

**Die Koalition ist tot, aber ihre Regierung lebt einstweilen noch. Das ist ein etwas merkwürdiger Zustand. Das Kabinett Marx besitzt keine durch bestimmte Abmachungen verbundene Mehrheit. Aber man hat den Wunsch, daß es weiter existiert, bis der Etat erledigt ist. Es soll sozusagen als Geschäftsministerium im Amte bleiben.**

**Die Führer des Zentrums haben in einer Konferenz mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihren Plan entwickelt. Danach soll der Etat einschließlich Nachtrag und Ergänzung unter möglichster Beschränkung der Redezeit und unter allseitigem Verzicht auf „Agitationsanträge" durchberaten werden. Außerdem soll man das Kriegsschädenschlußgesetz in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des Reichsrats zu Ende führen. Damit soll die Tätigkeit des Reichstags erschöpft sein. Als äußerster Abschlußtermin für diese Arbeiten ist der 31. März gedacht. Dann soll der Reichspräsident, an dessen Einverständnis nicht gezweifelt wird, den Reichstag auflösen und als Termin für die Neuwahlen wird der 13. Mai genannt.**

**Die Sozialdemokratie dürfte keinen grundsätzlichen Widerspruch gegen dieses Projekt erheben. Es spricht ja in der Tat sehr viel für eine Ausklammerung des Etats vor den Wahlen und vor der Bildung einer neuen Regierung. Selbstverständlich bedeutet aber die Zustimmung der SPD. — und darüber ist auch dem Zentrum kein Zweifel gelassen worden — nicht etwa eine Bereitwilligkeit, den Etat anzunehmen. Wenn auch die Koalition nicht mehr vorhanden ist, so ist doch der Haushaltplan ihr Werk, und die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie ihm gegenüber wird durch das Auseinanderfallen der sie stützenden Parteien nicht beeinflußt.**

**Zunächst wird nun die Entscheidung der bürgerlichen Parteien abzuwarten sein. Es werden namentlich bei den Deutschnationalen Stimmen laut, die eine sofortige Auflösung für zweckmäßig erachten. Selbst wenn jedoch eine Einigung im Sinne des Zentrumsprogramms erzielt wird, ist damit noch keineswegs gesagt, daß die Dinge wirklich so laufen, wie man es sich jetzt vorstellt. Es kann bei der Diskussion des Haushaltplanes gerade im Hinblick auf die so nahe bevorstehenden Wahlen auch zwischen den bürgerlichen Gruppen zu so starken Differenzen kommen, daß eine Kabinettskrise unvermeidlich wird.**

**Es heißt unter den gegebenen Umständen jedenfalls auf der Wacht zu sein. Der Wahltermin kann, nach der gegenwärtigen politischen Lage zu urteilen, auch noch vor dem 13. Mai liegen. Die Partei muß deshalb jederzeit bereit sein, den Wahlkampf mit voller Energie aufzunehmen. Der Bürgerblock ist tot. Wir haben alles daranzusetzen, daß die Regierung, die dem Kabinett Marx folgt, ein wesentlich verändertes Gesicht zeigt.**

•

### Auch Preußen wählt zugleich!

Die preußischen Wahlen werden im Mai mit den Reichstagswahlen stattfinden. Zwischen den preußischen Koalitionsparteien ist bereits eine entsprechende Uebereinstimmung erzielt worden.

# Und die Sachsenwahlen?

**Elende Wurstelei des Heldt-Blocks**

Die Blüher und Bethke scheinen es diesmal wieder geschafft zu haben. Die kleine Krise der sächsischen Koalition ist offenbar zunächst überwunden, man hat sich, nachdem man am gestrigen Mittwoch eifrig gekuhhandelt hat, „geeinigt", und zwar sind es die Wirtschaftsparteiler, die die Kosten dieser Einigung tragen müssen. Man ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lockerungsverordnung beizubehalten ist, daß sie aber insofern einzuschränken ist, als die ausgesprochenen Geschäftsviertel in den großen Städten ausgenommen werden sollen. Praktisch bedeutet das, daß gerade in den wichtigsten Fällen die Lockerung der Zwangswirtschaft für Gewerberäume wieder rückgängig gemacht werden soll. Noch nicht entschieden ist über die Forderung der Wirtschaftsparteiler auf Erhöhung des Hausbesitzeranteils an der Miete um 4½ Prozent. Es ist den Herrschaften von ihren Koalitionsbrüdern nur erklärt worden, daß diese Frage mit der Lockerungsfrage nicht verknüpft werden dürfe.

Der Rückzug, den hier die Wirtschaftspartei antreten mußte, zeigt wieder einmal recht deutlich, wie überflüssig und schädlich diese Partei von jedem denkbaren Standpunkt aus ist. Bekanntlich haben die Herrschaften vor den Wahlen alles mögliche versprochen, vor allem, daß die Steuerlasten des Mittelstandes vermindert werden. Von dieser Verheißung ist, trotzdem Herr Weber als Finanzminister in der Regierung sitzt, nichts erfüllt worden. Der einzige Erfolg der Wirtschaftsparteiler war die Lockerung der Zwangswirtschaft, mit der freilich dem Mittelstand, dem sie angeblich dienen wollen, kein Dienst geleistet war, weil zahlreiche Mittelstandsexistenzen durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Gewerberäume aufs schwerste bedroht waren. Jetzt müssen die Wirtschaftsparteiler auch diese ihre einzige Errungenschaft zum großen Teil preisgeben, wirklich ein glänzendes Ergebnis einer glorreichen Politik. Die Mittelständler, die bei den vorigen Wahlen Wirtschaftsparteiler gewählt haben, können wahrhaftig auf ihre Vertreter im Landtage stolz sein.

Die jetzt offenbar überwundene kleine Krise im Sachsenlandtag ist geeignet, so recht deutlich zu machen, welch elende Wurstelei das ist, was die Heldt-Blöckler ihre Politik nennen. Man wudet sich aus lauter Koalitions- und Wahlangst von einem Krach zum andern durch, mit dem Ergebnis, daß bei dem ganzen geräuschvollen Getue so gut wie nichts herauskommt, daß in der sächsischen Politik alles stagniert. Wie die Arbeiterschaft über diese Dinge denkt, brauchen wir nicht erst noch einmal zu sagen. Aber auch weite bürgerliche Kreise haben dies erbärmliche Schauspiel schon längst satt, wie aus den Auslassungen eines Teils der bürgerlichen Presse immer wieder zu ersehen ist. Dazu kommt, daß durch die Klage des Zentrums und der USP. vor dem Staatsgerichtshof die rechtliche Grundlage des Landtages zum mindesten recht zweifelhaft geworden ist. Wenn die Frage auch noch nicht endgültig entschieden ist, so spricht doch mancherlei dafür, daß aus juristischen Gründen der Landtag zum Auseinandergehen gezwungen sein könnte.

Unter diesen Umständen ist es wahrlich die **höchste Zeit, daß dieser Landtag,** der außer ein paar Mandatskleben niemand eine Freude macht, **so oder so eines seligen Todes stirbt.** Voraussichtlich sind nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen im Mai dieses Jahres **Neuwahlen.** Es muß alles darangesetzt werden, damit bei dem politischen Großreinemachen, das uns bevorsteht, auch in Sachsen **der politische Unrat,** der sich so reichlich angesammelt hat, **recht gründlich ausgekehrt wird.** Alle Mittel müssen angewandt werden, um zu erreichen, **daß an dem Tage, an dem das deutsche Volk über die Zusammensetzung des Reichstages entscheidet, die sächsische Bevölkerung die Möglichkeit bekommt, an der Wahlurne auch ihr Urteil über die glorreichen Taten des Heldt und seiner Leute abzugeben.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280216/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG